

Sehr geehrte Lehrer*innen, liebe Kolleg*innen,

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wir feiern in diesen Tagen den 70. Jahrestag unseres Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und damit verbunden die uneingeschränkt gültige, grundgesetzlich garantierte Menschenwürde.

Menschenwürde und Menschenrecht sind angeboren. Als Rechte, die dem Menschen allein aufgrund seines Menschseins zustehen, gelten sie für jeden Menschen gleichermaßen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Glaube oder sexueller Identität.

Das war - auch zu Zeiten des Grundgesetzes - leider nicht immer der Fall. Die Bundesrepublik Deutschland hat an der seit der Zeit des Nationalsozialismus aufgrund der §§ 175 und 175a StGB geübten Verfolgungspraxis sogar mit ausdrücklicher Billigung des Bundesverfassungsgerichts bis 1969 weiter festgehalten. Bekanntlich wurde erst im Jahr 1994 der Paragraph 175 ganz aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Den vom LSVD im Internet veröffentlichten Zahlen zufolge, wurden auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik zwischen 1949 und 1994 etwa 64 000 Männer nach den §§ 175, 175a StGB verurteilt.

Immerhin hat der Deutsche Bundestag in einer im Dezember 2000 einstimmig verabschiedeten Resolution bekannt, dass durch die nach 1945 weiter bestehende Strafdrohung homosexuelle Bürger in ihrer Menschenwürde verletzt worden sind. Das "Gesetz zur strafrechtlichen Rehabilitierung der nach dem 8. Mai 1945 wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen verurteilten Personen (StrRehaHomG)" ist jedoch erst viel später, am 22.07.2017, in Kraft getreten.

Diese Entwicklung zeigt unmissverständlich, dass unser Grundgesetz nicht vom Text alleine lebt. Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Diskriminierungsfreiheit, abgeleitet aus der Menschenwürde und dem Menschenrecht, muss täglich erstritten werden.

Die AG Schwule Lehrer in der GEW Berlin setzt sich seit nunmehr 40 Jahren dafür ein, dass wir heute in einem Staat leben können, in dem alle Menschen ihr Recht auf gleichberechtigte Sichtbarkeit, Entfaltung und Teilhabe in Anspruch nehmen können, egal welche sexuelle Identität sie leben.

So lange jedoch auf den Schulhöfen unserer Schulen das Wort „schwul“ immer noch in abwertender Absicht benutzt wird, gilt es auch weiterhin, Schüler*innen und Lehrer*innen vor Ressentiments, Beleidigungen und Diskriminierungen zu schützen. Dies ist unsere gesellschaftliche Aufgabe und Verpflichtung. Wir wollen Schüler*innen zur Achtung der Würde und Einzigartigkeit des Mitmenschen, zur Toleranz und gegenseitigen Rücksichtnahme erziehen.

Als saarländischer Bildungsminister war und ist es mir ein besonderes Anliegen, dass unsere Saarländischen Richtlinien zur Sexualerziehung den Schulen diese Aufgabe ausdrücklich zuweisen. Indem sie die Gleichwertigkeit der verschiedenen Ausdrucksformen des menschlichen Empfindens und der sexuellen Identität hervorhebt, soll schulische Sexualerziehung dazu beitragen, vorhandene Vorurteile abzubauen.

Homo-, bi-, trans- oder intersexuelle Schüler*innen bedürfen jedoch trotz aller Verbesserungen auch weiterhin in besonderem Maße unserer Unterstützung. Dies gilt insbesondere auch für ihren individuellen Prozess der Selbstfindung, bei dem sie sich ihrer von gesellschaftlich festgelegter geschlechtlicher Identität oder der Geschlechterrolle abweichenden Empfindungen bewusst werden, diese für sich akzeptieren und dies im familiären oder sozialen Umfeld kommunizieren.

Lehrkräfte haben dabei eine wichtige Vorbildfunktion. Auch deshalb ist es notwendig, dass LSBTI-Lehrkräfte ihre eigene sexuelle Identität nicht verstecken müssen.

Zum 40-jährigen Jubiläum des Pfingsttreffens schwuler Lehrer möchte ich der AG Schwule Lehrer in der GEW Berlin daher sehr herzlich gratulieren. Und ich möchte Ihnen für Ihr besonderes Engagement danken, mit dem Sie sich - ganz im Sinne unseres grundgesetzlichen Auftrages, die Würde des Menschen zu achten und zu schützen - in den vergangenen 40 Jahren für die Bildungsarbeit in der Schule und damit für die Gesellschaft insgesamt ebenso wie für jeden einzelnen Menschen eingesetzt haben.



Ulrich Commerçon
Minister für Bildung und Kultur des Saarlandes